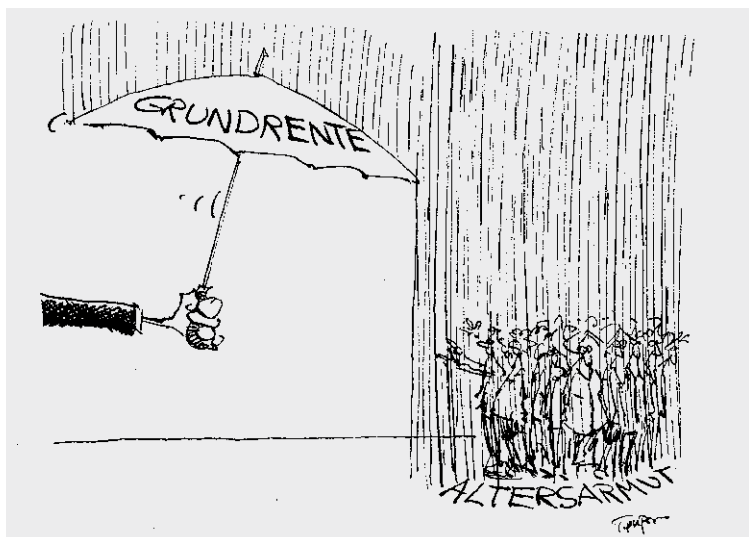


## Renten aufwerten

**GRUNDRENTE** – Bsirske begrüßt die Vorschläge von Bundessozialminister Heil

Im Februar hat Bundessozialminister Hubertus Heil, SPD, seinen Vorschlag für die im Koalitionsvertrag festgeschriebene Grundrente vorgestellt. Darüber streiten sich die Koalitionär\*innen seither heftig, denn Heil möchte auf eine Bedürftigkeitsprüfung verzichten. Während die SPD den Vorschlag ihres Ministers unterstützt, kündigte die CDU-Vorsitzende Annegret Kramp-Karrenbauer an, ihre Partei werde dem Plan ohne Bedürftigkeitsprüfung nicht zustimmen. Sie will, dass das gesamte Haushaltseinkommen sowie Vermögen über 5000 Euro angerechnet werden, bevor ein Anspruch besteht. Nach dem Heil'schen Plan könnten drei bis vier Millionen Menschen Grundrente beziehen. Setzen sich hingegen die Unionsparteien mit dem Wunsch nach Prüfung durch, hätten nur noch 150 000 bis 200 000 Menschen Anspruch darauf.

Der Debatte um die Bedürftigkeitsprüfung liegen unterschiedliche Vorstellungen von Absicherung im Alter zugrunde. Eine Grundrente mit Bedürftigkeitsprüfung wäre innerhalb des staatlichen Fürsorge-systems angesiedelt, in dem das Sozialhilferecht gilt. Würde sie ohne die Prüfung gezahlt, wäre sie innerhalb des Systems der gesetzlichen Rentenversicherung angesiedelt. Dann wäre sie eine Versicherungsleistung, mit der automatisch Zeiten aufgewertet werden sollen, in denen mindestens 0,2 Entgelt-punkte erreicht wurden. Diese werden verdoppelt – maximal bis zu



einer Obergrenze von 0,8 Entgelt-punkten. Das betrifft aus heutiger Sicht Bruttoeinkommen zwischen 650 und knapp 2600 Euro im Monat. Voraussetzung dafür sind 35 Jahre Pflichtbeitragszeiten, vor allem aus Beschäftigung, Kinder-erziehung und Pflege.

### EIN MEILENSTEIN

Für den ver.di-Vorsitzenden Frank Bsirske ist dieser Vorschlag ein

### Postkarten an Angela Merkel

Mit einer Postkartenaktion an Bundeskanzlerin Angela Merkel, CDU, fordert ver.di, das Bundeskabinett möge eine Grundrente ohne Bedürftigkeitsprüfung beschließen. Gezeichnet werden können sie auch im Internet auf der Website [rente-staerken.verdi.de](http://rente-staerken.verdi.de)

„Meilenstein in der Auseinandersetzung um eine bessere Rente“. Mit ihrer Verweigerung einer Grundrente ohne Bedürftigkeitsprüfung lasse Kramp-Karrenbauer „Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer mit niedrigen Einkommen sowie Rentnerinnen und Rentner mit niedrigen Renten im Regen stehen“.

Im günstigsten Fall kann man nach den Vorschlägen Heils auf einen Zuschlag von bis zu 448 Euro im Monat kommen. Finanziert werden soll die Grundrente aus Steuermitteln. Ergänzt hat der Minister sein Grundrentenkonzept um zwei weitere Zahlungen: einen pauschalen Freibetrag für das Wohn-geld in Höhe von 125 Euro und einen Freibetrag von bis zu 106 Euro in der Grundsicherung. Vorgelegt werden soll der Gesetzentwurf im Frühjahr. *Heike Langenberg*

## SEHR SPÄT...

... erscheint die erste Ausgabe der „ver.di news“ in diesem Jahr. Ein Vierteljahr Verspätung, das der Schließung unserer bisherigen Drucker alpha print medien (apm) geschuldet ist. Am 27. Dezember 2018 erfuhren unsere Kolleginnen und Kollegen in der apm, dass das ihr letzter Arbeitstag dort war. Kolleginnen und Kollegen, mit denen wir zum Teil viele Jahre eng und gut zusammenge-arbeitet haben. Der Wechsel zu einer neuen Druckerei hat seine Zeit erfordert. Produziert wird nun in der Wiesbadener Firma datagraphis. Und dort haben wir auch einige der ehemaligen apm-Kolleg\*innen ange-troffen. Die „ver.di news“ wird ab sofort wieder in gewohnter Form erschei-nen. *hla*

Mehr dazu Seite 2

## Baustellen

„Beide Banken sollten sich besser auf ihre bestehenden Baustellen konzentrieren, als eine neue Großbaustelle zu schaffen.“

Der ver.di-Vorsitzende Frank Bsirske warnt in der „Nordwest-Zeitung“ vor dem Zusammenschluss von Deutscher Bank und Commerzbank

### VER.DI NEWS

**Wir sind wieder da**  
Schließung der Druckerei führte zu Zwangspause  
**SEITE 2**

### PAKETBRANCHE

**Katastrophale Bedingungen**  
ver.di fordert Nachunternehmerhaftung  
**SEITE 3**

### DEUTSCHE POST

**Irrweg beendet**  
Künftig wieder ein Betrieb mit einem Tarifvertrag  
**SEITE 4**

### BANKEN

**Ohne Plan, ohne Vision**  
Widerstand gegen Fusion von Deutscher Bank und Commerzbank  
**SEITE 5**

### AUGSBURG

**„Union Busting“ ist strafbar**  
Ansprechpartner für Betriebsräte bei Staatsanwaltschaft  
**SEITE 6**

### MITGLIEDER

**Erneut mehr Frauen**  
Leichter Anstieg bei erwerbstätigen Mitgliedern  
**SEITE 7**

# Wir sind wieder da

**Gutes Wohnen für alle**

(red.) Die Wohnungsfrage ist zurück auf der Tagesordnung. Vor allem in Groß- und Universitätsstädten wird das Wohnen für Menschen mit kleinem oder mittlerem Einkommen immer teurer. Der Grund dafür sind politische Fehlentscheidungen: Schon seit den 1980er Jahren wurden ganze Wohnungsbestände privatisiert und Regulierungen abgebaut. Fördergelder hat man reduziert. Der Neubau ging drastisch zurück. Die Spekulation mit Wohnungen und Grundstücken wurde so erleichtert. Die Misere am Wohnungsmarkt zeigt: Eine wohnungspolitische Kehrtwende ist dringend notwendig. Deshalb hat der Bereich Wirtschaftspolitik beim ver.di-Bundesvorstand eine Broschüre herausgegeben, die Argumente für eine soziale Wohnungspolitik liefert. Der DGB hatte das Thema Wohnen Ende März mit rund 200 Veranstaltungen zum Schwerpunkt einer bundesweiten Aktionswoche im Rahmen seines Zukunftsdialogs gemacht. Bezahlbares Wohnen sei „die neue soziale Frage unserer Zeit“, sagte der DGB-Vorsitzende Reiner Hoffmann zum Auftakt der Aktionswoche.

DIE BROSCHÜRE **GUTES WOHNEN FÜR ALLE. FÜR EINE SOZIALE WOHNUNGSPOLITIK** UMFASST 24 SEITEN IM DIN-A-4-FORMAT UND KANN UNTER [WIPO.VERDI.DE](http://WIPO.VERDI.DE) HERUNTERGELOADEN WERDEN.

IN EIGENER SACHE – *Schließung der Druckerei führte zu Zwangspause*

(hla) Immer wieder haben uns in den vergangenen Wochen E-Mails und telefonische Anfragen erreicht: „Wo bleibt denn die ‚ver.di news‘?“, hieß es da, oder es wurde gefragt, ob man irgendwie aus dem Verteiler gefallen sei. „Nein“, lautet die Antwort, auch eingestellt worden ist die „ver.di news“ nicht. Durch die Schließung unserer Druckerei, der alpha print medien (apm), mussten wir eine dreimonatige Zwangspause einlegen. (Bericht zur Insolvenz: <https://tinyurl.com/y2bo2ack>)

Denn es ging es nicht nur um den Druck unserer Auflage. Die so genannte Druckvorstufe hatte die apm bislang ebenso erledigt wie auch die Pflege des Online-Auftritts der „ver.di news“. Wir waren daher gezwungen, einen neuen Internet-Auftritt aufzubauen. Der ist noch längst nicht fertig, aber wir arbeiten daran. Dabei mussten wir auch die Internet-Adresse der „ver.di news“ ändern.

Sie ist jetzt unter **news.verdi.de** zu finden, damit ist sie eine Unterseite von [verdi.de](http://verdi.de).

Erst einmal stellen wir dort die PDFs der aktuellen Ausgabe ein, reichen die der vergangenen Ausgaben sukzessive nach und bauen gleichzeitig wieder einen Online-Auftritt in der gewohnten Form auf. Das bringt vorerst noch einige Einschränkungen mit sich, aber wir wollten nicht länger warten. Viele unserer Abonnent\*innen beziehen die „ver.di news“ auf elektronischem Wege. Für sie haben wir den Versand der E-Mail so umgestellt, dass ab sofort ver.di die Absenderin ist.

Wie geht es nun weiter? Noch 14 Mal möchten wir im laufenden Jahr erscheinen. Ihr könnt uns helfen, indem ihr uns weiterhin über Themen informiert, die für die „ver.di news“ wichtig sein könnten. Aber auch, indem ihr uns – am besten per

E-Mail ([verdi-news@verdi.de](mailto:verdi-news@verdi.de)) – kurz und formlos mitteilt, an welchem Tag ihr die Printausgabe der „ver.di news“ im Briefkasten hattet. Dabei bitte die Postleitzahl oder den Ort nicht vergessen, damit schauen können, ob bestimmte Regionen besonders häufig von Verspätungen betroffen sind.

Außerdem wäre es schön, wenn ihr auch eure Kolleg\*innen oder Mitstreiter\*innen in Interessenvertretungen oder ver.di-Gremien auf die „ver.di news“ ansprechen könntet. Wer Interesse daran hat, sie als Printexemplar zu beziehen, sollte sich am besten an den zuständigen ver.di-Bezirk wenden. Durch den Bezug der „ver.di news“ entstehen weder den Abonnent\*innen noch dem Bezirk Kosten. Wer die „ver.di news“ online lesen möchte, kann sich unter **news.verdi.de** für den Bezug der Erinnerungsmail eintragen.

## Vollständig umsetzen

WELTWASSERTAG – *Das Menschenrecht auf Wasser ist noch immer nicht für alle verwirklicht*

(pm) Zum Weltwassertag am 22. März hat ver.di die EU-Kommission und das EU-Parlament aufgefordert, das Menschenrecht auf Wasser für alle zu verwirklichen. Noch immer seien die Forderungen der ersten er-

folgreichen Europäischen Bürgerinitiative „Wasser ist Menschenrecht“ von 2013 nicht vollständig im Europäischen Recht verankert. Vor allem dürfe der Schutz der Ressource Wasser nicht länger von Agrar-,

Energie- und Verkehrspolitik verhindert werden, sagte ver.di-Bundesvorstandsmitglied Andreas Scheidt. ver.di fordert bei der Umsetzung der EU-Wasser-Rahmenrichtlinie mehr Engagement und Mitteleinsatz.

## Streikpremiere bei Ryanair

ARBEITSKAMPFBILANZ – *Zahl der streikbedingten Ausfalltage hat sich 2018 vervierfacht*

(pm) Rund eine Million Arbeitstage sind in Deutschland 2018 durch Arbeitskämpfe ausgefallen. Damit hat sich das Arbeitskampfvolumen gegenüber dem Jahr zuvor mehr als vervierfacht. Grund dafür seien besonders die umfangreichen Streikaktionen während der Metall-Tarifrunde gewesen, stellt Heiner Dribbusch, Arbeitskampfperte des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts der Hans-Böckler-Stiftung, in einer Auswertung der Streiks fest. 60 Prozent der Ausfalltage gingen allein auf diesen Arbeitskampf zurück.

Auch die Warnstreiks in der Tarifrunde für die Beschäftigten im Öff-

entlichen Dienst bei Bund und Kommunen hätten zu dem Anstieg beitragen. Allerdings war 2017 im Vergleich zu den Vorjahren ein Jahr mit wenigen Arbeitskämpfen. Zu vielen Streiktagen kam es 2018 auch im Tarifkonflikt bei der Deutschen Bahn, beim wochenlangen Arbeitskampf an den Uni-Kliniken in NRW, der Streikpremiere bei Ryanair sowie in dem lang andauernden Kampf der Beschäftigten bei der Neuen Halberg-Guss in Sachsen um ihre Arbeitsplätze.

„Nicht alltäglich“, so Dribbusch, war auch der Streik der wissenschaftlichen Hilfskräfte an den Hochschulen in Berlin mit wieder-

holten Arbeitsniederlegungen. Hier erkämpften ver.di und die GEW nach eineinhalb Jahren Verhandlungen und insgesamt vierzig Streiktagen einen neuen Tarifvertrag. Der nach Dribbuschs Angabe „längste Arbeitskampf Deutschlands“, mit dem die in ver.di organisierten Amazon-Beschäftigten einen Tarifvertrag durchsetzen wollen, geht 2019 bereits ins sechste Jahr.

In der internationalen Streikstatistik, bei der die arbeitskampfbedingten Ausfalltage pro 1000 Beschäftigte betrachtet werden, liegt Deutschland nach wie vor im unteren Mittelfeld.

[boeckler.de/14\\_119212.htm](http://boeckler.de/14_119212.htm)

# Katastrophale Bedingungen

PAKETBRANCHE – ver.di fordert Nachunternehmerhaftung auch für Sozialversicherungsbeiträge

(pewe/ml) Der Arbeitsmarkt in der Paketbranche ist zweigeteilt. Nur zwei der fünf großen Paketdienste in Deutschland arbeiten überwiegend mit eigenen, fest angestellten Zusteller\*innen, die sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze haben und nach Tarif bezahlt werden. Ansonsten werden fast ausschließlich Subunternehmen beauftragt. Dort sind die Arbeitsbedingungen vielfach prekär. Zunehmend wird mit Beschäftigten aus Osteuropa gearbeitet. Oft kennen sie ihre Rechte nicht oder fordern sie aus Angst vor dem Arbeitsplatzverlust nicht ein.

In der ersten Februarwoche kontrollierten knapp 3000 Zollbeamt\*innen der Finanzkontrolle Schwarzarbeit 12 135 Fahrer\*innen in 356 Unternehmen der Branche. Es kam zu über 2000 Beanstandungen, die zum Großteil Unterschreitungen des Mindestlohns betrafen. Zudem wurden 74 Straf- und Ordnungswidrigkeitsverfahren eingelei-

tet, unter anderem gegen Moldawier mit gefälschten Pässen.

In einem Interview mit der Funke-Mediengruppe sprach der ver.di-Vorsitzende Frank Bsirske von „zum Teil mafiösen Strukturen“, die sich in der Branche etabliert hätten. Er sagte, Unternehmen würden ihrerseits Firmen engagieren, „die wiederum andere Firmen beauftragen, die dann Menschen aus der Ukraine, aus Moldawien oder aus Weißrussland in die Lieferfahrzeuge setzen“. Der „Spiegel“ berichtete von Lohndumping bei Amazon-Subfirmen und von Paketdiensten, die Fremdfirmen anheuern, Flüchtlinge um ihren Lohn prellen, Beschäftigungsstrukturen verschleiern und den Mindestlohn unterschreiten.

Angesichts der zunehmend katastrophalen Arbeitsbedingungen bei den Subunternehmen der Paketdienste fordert ver.di schon seit längerem vom Gesetzgeber, für die Paketbranche eine Nachunter-

nehmerhaftung für die Sozialversicherungsbeiträge einzuführen. „Entschlossenes Handeln tut dringend Not und hilft den Beschäftigten, den Unternehmen sowie den Verbraucherinnen und Verbrauchern“, sagt die stellvertretende ver.di-Vorsitzende Andrea Kocsis. Die Nachunternehmerhaftung folge dem Prinzip: „Wer Arbeit auslagert, bleibt dafür auch verantwortlich.“

Deshalb begrüßt ver.di die Gesetzinitiative von Bundesarbeitsminister Hubertus Heil, SPD, gegen Missbrauch bei den Sozialversicherungsbeiträgen und illegale Beschäftigung im Paketgewerbe vorgehen zu wollen. Die Nachunternehmerhaftung für den Mindestlohn gibt es schon längst. Eine Ausweitung auf die Sozialversicherungsbeiträge soll helfen, eine weitere Ausbreitung prekärer Arbeit einzudämmen. Auch die Dokumentationspflichten zur Erfassung der täglichen Arbeitszeit sollen dabei erweitert werden.



**MARION LÜHRING**  
IST REDAKTEURIN IN  
DER VER.DI-ZENTRAL-  
REDAKTION

**K O M M E N T A R**

## Da hilft nur ein Gesetz

Ein Dickicht an Firmen und am Ende will niemand die Verantwortung haben in der Paketbranche, sondern nur verdienen. Sozialabgaben werden hinterzogen. Der Mindestlohn wird unterschritten. Und anständige Arbeitsverträge sind bei den Subunternehmen auch Mangelware. Den letzten beißen die Hunde. Und das sind diejenigen, die den Job ausführen und die Pakete ausliefern. Menschen aus der Ukraine, aus Moldawien, aus Weißrussland oder Flüchtlinge, wer weiß woher. Sie bekommen Almosen. Das Geschäft machen andere, die ihre Beschäftigungsstrukturen geschickt verschleiern. Das kalkulierte Elend ließe sich nur durch ein Gesetz aufbrechen, das gegen illegale Beschäftigung vorgeht und Konzerne auch für ihre Subunternehmen verantwortlich macht. Es muss endlich Licht ins Dunkel dieser Geschäftspraktiken. Helfen würde es den Betroffenen am Ende der Kette. Es täte aber auch der Branche insgesamt gut. Denn Dumpinglöhne setzen längst auch die gut bezahlten Arbeitsplätze unter Druck.

## Es drohen erhebliche Einschränkungen

SELBSTVERWALTUNG – Gesetzesinitiativen des Ministers können zu Entmachtung führen

(pm) Mit großer Sorge verfolgt ver.di Gesetzesinitiativen im Gesundheitsbereich, in deren Folge erhebliche Einschränkungen der sozialen Selbstverwaltung drohen. ver.di-Bundesvorstandsmitglied Dagmar König nannte das „Faire-Kassenwahl-Gesetz“ von Bundesgesundheitsminister Jens

Spahn als ein Beispiel. Darin sei unter anderem vorgesehen, die gewählten Vertreter der Arbeitgeber und Versicherten im Verwaltungsrat des GKV-Spitzenverbands durch hauptamtliche Funktionäre zu ersetzen.

„Im Koalitionsvertrag bekennen sich die beiden Regierungsfaktio-

nen zur sozialen Selbstverwaltung und deren Stärkung“, erinnert Dagmar König. Mit den vorliegenden Gesetzesinitiativen beschreibe Spahn jedoch einen gegensätzlichen Weg, was zu einer Entmachtung der Selbstverwaltung führen würde. „Das ist völlig inakzeptabel“, so die Gewerkschafterin.

## Hemmungsloser Wettbewerb

EUROPA – ver.di beteiligt sich an Großdemonstration zum fairen Transport in Brüssel

(pm) ver.di hat sich Ende März an der Großdemonstration der Europäischen Transportarbeiter-Föderation (ETF) in Brüssel beteiligt. Unter dem Motto „Fair Transport Europe“ fordern die europäischen Gewerkschaften sichere Arbeitsverträge, angemessene Entlohnungen und faire Arbeitsbedingungen für die rund 11,2 Millionen Beschäftigten im Transportsektor in Europa. „Der hemmungslose Wettbewerb in der Branche wirkt sich negativ auf die

Arbeitsbedingungen der Beschäftigten aus“, sagte ver.di-Bundesvorstandsmitglied Christine Behle.

Es gehe dabei nicht nur um die Existenzgrundlage und Würde der Beschäftigten, sondern auch die Sicherheit und Stabilität des kompletten Transportsystems in Europa gerate in Gefahr. Rund zehn Prozent der Transportbeschäftigten in Europa lebten nach einer Studie in drohender Armut. Die Löhne stagnieren oder sind gar rückläufig.

ver.di und die ETF fordern die verantwortlichen politischen Kräfte auf, hochwertige und gut bezahlte Transportdienstleistungen zu unterstützen und Dumpinglöhne nicht weiter zu fördern. „Das neue Europäische Parlament, welches im Mai gewählt wird, muss sich der Aufgabe annehmen, die Ausbeutung internationaler Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer aufzudecken und Sozialdumping zu stoppen“, fordert Behle.

# Irrweg beendet

DEUTSCHE POST AG – *Künftig gibt es wieder einen Betrieb mit einem Tarifvertrag*

## Arbeitsmarkt im Wandel

(red.) Daten, Grafiken und Analysen zum Arbeitsmarkt im Wandel veröffentlicht das Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Institut (WSI) der Hans-Böckler-Stiftung seiner Website. Schwerpunkte sind dabei die Themen Betriebsräte, Digitalisierung, Arbeitszeiten und die Arbeitswelt 4.0, also Themen mit herausragender Bedeutung für die zukünftige Arbeit der Interessenvertretungen. Sie stehen vor besonderen Herausforderungen, wenn es etwa um die Einführung digitaler Arbeitsmittel geht. Welche Tendenzen zeichnen sich in diesem Aufgabefeld ab? Mit Grafiken und kurzen Erläuterungen dazu erklärt das WSI zum Beispiel, wie weit welche digitalen Arbeitsmittel heute schon verbreitet sind. Diese Grafiken können dann heruntergeladen und in der nächsten Betriebsversammlung genutzt werden. Auch zu den Beschäftigungsfolgen technologischer Entwicklungen im Rückblick auf fünf Jahre gibt es Schaubilder. So bietet die Seite einen interessanten, dabei überschaubaren Fundus an Hilfsmitteln für die alltägliche Betriebsratsarbeit. Ergänzen kann man sie noch mit anderen Materialien, die auf den zahlreichen Unterseiten des Auftritts [boeckler.de](http://boeckler.de) zu finden sind.

[boeckler.de/wsi\\_112564.htm](http://boeckler.de/wsi_112564.htm)

(red.) – ver.di und Deutsche Post AG haben sich Ende März darauf verständigt, die rund 13 000 Beschäftigten der 46 Regionalgesellschaften – der DHL Delivery GmbHs –, zum 1. Juli 2019 in die Haustarifverträge der Deutschen Post AG überzuleiten.

2015 waren die Regionalgesellschaften gegründet worden. Die für sie geltenden Flächentarifverträge unterschieden sich strukturell und lagen zum Teil deutlich unter den Entgelten der Deutschen Post AG.

Die Überleitung führt in der Regel unmittelbar zu einem Plus beim Tarifentgelt. Für die Beschäftigten aus Baden-Württemberg und Bayern wird durch die Überleitungsregelungen sichergestellt, dass kein Beschäftigter weniger Tarifentgelt als bisher erhält. Der bestehende Entgelttarifvertrag der Deutschen Post

AG wird zum 1. Juli für alle übergeleiteten Beschäftigten und für neue Arbeitsverhältnisse verändert. Künftig werden die Zeiten zum Aufstieg in die nächste Erfahrungsstufe, der mit einem monatlichen Entgeltzuwachs von in der Regel 75 Euro verbunden ist, von derzeit 24 auf 36 bis 48 Monate verlängert.

Die Tarifverträge zum Schutz vor betriebsbedingten Kündigungen und Änderungskündigungen werden um 36 Monate bis zum 31. Dezember 2022 verlängert. Der Schutz vor der Fremdvergabe von Bezirken in der Brief- und Verbundzustellung sowie die Regelungen zum Erhalt des posteigenen Fahrdienstes werden um 21 Monate bis 31. Dezember 2020 verlängert.

„Jetzt gibt es wieder eine Belegschaft bei der Deutschen Post AG.

Der Irrweg zweier Gesellschaften ist damit beendet“, sagte die stellvertretende ver.di-Vorsitzende Andrea Kocsis. Künftig gelte wieder: ein Betrieb, ein Tarifvertrag. Sie sei überzeugt, dass die Arbeitsbedingungen der Beschäftigten so am besten gestaltet werden könnten.

„Wir waren zu moderaten Veränderungen im Tarifvertrag für neue Arbeitsverhältnisse bereit“, so Kocsis weiter. Dafür erhielten die ehemaligen Delivery-Beschäftigten künftig ein 13. Monatsentgelt, eine betriebliche Altersversorgung, Kündigungsschutz und eine deutlich bessere Entgeltperspektive. Die Rückführung der Delivery-Gesellschaften in die Deutsche Post AG bezeichnete Kocsis als „riesigen gewerkschaftlichen Erfolg“.

[psl.verdi.de/](http://psl.verdi.de/)

## T A R I F L I C H E S

**ÖFFENTLICHER DIENST DER LÄNDER** – (pm) In der Tarif- und Besoldungsrunde für die über eine Million Beschäftigten der Bundesländer (ohne Hessen) haben sich Gewerkschaften und Arbeitgeber Anfang März auf ein umfassendes Gesamtpaket aus prozentualen Anhebungen und strukturellen Verbesserungen verständigt. Rückwirkend zum 1. Januar werden die Gehälter im Gesamtvolumen von 3,2 Prozent, mindestens aber um 100 Euro, angehoben. In zwei weiteren Anhebungsschritten steigen sie zum 1. Januar 2020 um weitere 3,2 Prozent (mindestens 90 Euro) und zum 1. Januar 2021 um weitere 1,4 Prozent (mindestens 50 Euro). Pflegekräfte erhalten darüber hinaus zusätzlich 120 Euro monatlich. Azubis bekommen zum 1. Januar 2019 und zum 1. Januar 2020 jeweils 50 Euro mehr. Darüber hinaus werden die Einstiegsgehälter in allen 15 Entgeltgruppen in zwei Schritten in einem Volumen von 11 Prozent aufgewertet.

**HELIOS** – (pm) Die Entgelte der deutschlandweit rund 18 000 Helios-Beschäftigten, die unter den Konzerntarifvertrag fallen, steigen rückwirkend zum 1. Januar um 3,0 Prozent. Ab dem 1. Januar 2020 werden weitere 2,5 Prozent gezahlt,

ab dem 1. November 2020 kommt noch einmal 1,0 Prozent hinzu. Pflegekräfte im Pflege- und Funktionsdienst sowie Hebammen bekommen ab dem 1. Januar 2020 eine nach Qualifikation gestaffelte Pflegezulage. Für Examierte macht

das 300 Euro im Monat aus. Azubis erhalten rückwirkend zum 1. Januar 60 Euro im Monat mehr, ab dem 1. Januar 2020 kommen weitere 40 Euro hinzu. Außerdem wurden Verhandlungen über eine tarifliche Entgeltordnung vereinbart.

## Tarifkalender 2019

- **Januar 2019**  
**Bankgewerbe** (o. Genossenschaftsbanken)  
**Energie Südwest**
- **Februar**  
**Energie- und Versorgungswirtschaft Ost (AVEU)\***  
**Private Energieversorgung**  
Baden-Württemberg
- **März**  
**Einzelhandel** Baden-Württemberg, Hessen, Saarland  
**Genossenschaftlicher Großhandel** Bayern  
**Groß- und Außenhandel** Bayern  
**Groß- und Außenhandel inkl. genossenschaftlichem Großhandel** Baden-Württemberg
- **April**  
**Einzelhandel** Bremen, Bayern, Hamburg, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Schleswig-Holstein  
**Energieversorgung** Bayern  
**Groß- und Außenhandel** Berlin, Brandenburg, Hamburg, Hessen, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen, Rheinland-Rheinessen, Pfalz, Saarland, Sachsen-Anhalt Schleswig-Holstein  
**Groß- und Außenhandel inkl. genossenschaftlichem Großhandel** Nordrhein-Westfalen, Sachsen, Thüringen  
**Genossenschaftlicher Großhandel** Brandenburg, Hessen, Niedersachsen/Bremen, Sachsen-Anhalt
- **Mai**  
**Einzelhandel** Sachsen, Sachsen-Anhalt, Thüringen  
**Genossenschaftlicher Großhandel** Rheinland-Pfalz  
**Kfz-Gewerbe\*\*** Baden-Württemberg, Bayern, Hamburg, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Pfalz, Saarland, Schleswig-Holstein
- **Juni**  
**Einzelhandel** Berlin, Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern  
**Privates Verkehrsgewerbe** (Güterkraftverkehr, Speditionen) Hamburg, Sachsen, Sachsen-Anhalt  
**Tarifgemeinschaft Energie** (u.a. E.ON)\*  
**Wohnungs- und Immobilienwirtschaft\*\*\***
- **August**  
**Privates Verkehrsgewerbe** Schleswig-Holstein  
**Versicherungsgewerbe**
- **September**  
**Kfz-Gewerbe** Rheinland-Rheinessen\*\*
- **November**  
**Privates Verkehrsgewerbe** Hessen, Rheinland-Pfalz
- **Dezember**  
**Energiewirtschaft** Nordrhein-Westfalen (GWE-Bereich)  
**Ortskrankenkassen (AOK), Barmer GEK**  
**Privates Verkehrsgewerbe** Niedersachsen  
**Zeitarbeit** (BAP und iGZ)\*\*\*\*

\* mit IG BCE, \*\* mit IG Metall, \*\*\* mit IG BAU, \*\*\*\* DGB Tarifgemeinschaft  
Ausgewählte Branchen aus dem ver.di-Tarifbereich

# Ohne Plan, ohne Vision

DEUTSCHE BANK/COMMERZBANK – Arbeitnehmervertreter\*innen wehren sich gegen Fusion

(pst/hla) Geht es nach Bundesfinanzminister Olaf Scholz, SPD, sollen die Deutsche Bank und die Commerzbank fusionieren. Mitte März hatten die Vorstände der beiden Institute entsprechende Verhandlungen angekündigt. ver.di und die Beschäftigten sprechen sich jedoch dagegen aus. Ende März hat der Gesamtbetriebsrat der Commerzbank Arbeitsdirektorin Bettina Orlopp in einer Protestnote aufgefordert, von diesem Vorhaben Abstand zu nehmen.

„Wir sind der Auffassung, dass Sie sich ohne einen erkennbaren Plan, ohne eine Vision und ohne den Rückhalt in ein unbeherrschbares Abenteuer stürzen“, heißt es da. Kurz nach der Ankündigung von Verhandlungen zwischen den beiden Geldhäusern hatten sich die ver.di-Vertreter\*innen in den Aufsichtsräten der beiden Banken über eine gemeinsame Strategie im Interesse der etwa 133 000 Beschäftigten verständigt. „Schlicht und einfach nur Blödsinn“, nennt Stefan Wittmann

vom ver.di-Bundesfachbereich Finanzdienstleistungen die Vorstellung, dass ein Zusammenschluss beider Banken vor einer ausländischen Übernahme schützen könne. Er verweist darauf, dass allein der Jahresgewinn der US-Investmentbank Goldman Sachs höher sei als es der fusionierte Wert von Deutscher Bank und Commerzbank wäre.

Timo Heider, stellvertretender Vorsitzender des Konzernbetriebsrats der Deutschen Bank, warnt vor dem enormen Aufwand, die verschiedenen Filialnetze, IT-Systeme und Verwaltungsstrukturen unter einen Hut zu bringen. Wer von Einsparpotenzial rede, müsse mit auf die Rechnung nehmen, dass ein Abbau Zehntausender Arbeitsplätze unter dem Strich zunächst mehrere Milliarden Euro kosten würde.

Markus Zittlau, Betriebsrat in der Zentrale der Commerzbank in Frankfurt am Main, erinnert daran, dass der Konzern bereits zwanzig Jahre lang Personalabbau hinter sich habe. „Die jetzige Commerz-

bank ist kleiner als vor der Fusion mit der Dresdner Bank vor zehn Jahren.“ Angesichts der Altersstruktur würden die üblichen Sozialplaninstrumente ins Leere greifen.

Gabriele Platscher, Vorsitzende des Betriebsrats Niedersachsen Ost bei der Deutschen Bank, weist darauf hin, dass zwischen gelb und blau, also Commerzbank und Deutscher Bank, viele Überschneidungen bestehen. Häufig seien zum Beispiel Filialen in unmittelbarer Nachbarschaft. „Viele Kolleginnen und Kollegen waren geschockt, als sie die Ankündigung gehört haben“, beschreibt sie die Unruhe unter den Beschäftigten.

Von Ende März an hatte der ver.di-Fachbereich Finanzdienstleistungen im Rahmen der laufenden Tarifrunde für die Bankbeschäftigten bundesweit Warnstreiks und Aktionen angekündigt. Auch in diesem Rahmen haben die Beschäftigten von Deutscher Bank und Commerzbank ihrem Unmut über die Fusionspläne Luft gemacht.



CLAUDIA EGGERT-LEHMANN IST VORSITZENDE DES BETRIEBSRATS WESTFALEN DER COMMERZBANK

INTERVIEW

## Widerstand gegen die Fusion

### Ist die Fusion schon beschlossene Sache?

Nein, da ist noch kein Haken dran. Wir haben viele Verbündete, die wie wir aus guten Gründen die Fusion ablehnen. Aber wir müssen auch fragen, was passiert, wenn die Fusion nicht zustande kommt. Es kann sein, dass das seitens der Vorstände zum Vorwand für weiteren Personalabbau und Restrukturierungen genommen wird.

### Bundesfinanzminister Olaf Scholz redet von einem „nationalen Champion“, der entstehen könnte...

Im internationalen Vergleich wäre die neue Bank aus meiner Sicht faktisch ein Leichtgewicht, das in einem Stück noch interessanter für eine Übernahme aus dem Ausland ist. Ich halte auch das von den Medien gezeichnete Bild von zwei Schwachen, die sich zusammmentun, für unpassend. Die Commerzbank hat immerhin einen Jahresgewinn von 869 Millionen Euro gemacht. Jetzt die Fehler des Managements der Deutschen Bank auch noch in die Commerzbank zu tragen, schafft jedenfalls keine Stärkung – das Gegenteil ist der Fall.

## Etappensieg bei Ryanair

TARIFVERTRÄGE – Erstmals gilt deutsches Arbeits- und Sozialrecht für die Flugbegleiter\*innen

(pm) Nach langwierigen Verhandlungen haben ver.di und Ryanair Tarifverträge zu Entgelt, Arbeitsbedingungen und Sozialplanregelungen unterzeichnet. Bereits im November letzten Jahres hatten die ver.di-Mitglieder bei Ryanair mit sehr großer Mehrheit einem Eckpunktepapier zugestimmt. „Es ist ein großer Erfolg, dass bei Ryanair

erstmals deutsches Arbeits- und Sozialrecht für alle in Deutschland Beschäftigten angewendet wird“, sagte ver.di-Bundesvorstandsmitglied Christine Behle.

Die jetzt abgeschlossenen Tarifverträge für die rund 1100 Flugbegleiter\*innen bei Ryanair in Deutschland betreffen sowohl die bei Ryanair angestellten Beschäftigten als

auch die Leiharbeiter\*innen. Sie fallen unter den deutschen Kündigungsschutz und erhalten zukünftig u. a. Lohnfortzahlungen im Krankheitsfall. Außerdem profitieren sie von deutlichen und substanziellen Erhöhungen ihrer Einkommen. Die noch laufenden Verhandlungen um Betriebsratsstrukturen gestalten sich allerdings weiterhin schwierig.

## Vertrauen schaffen

KAUFHOF – ver.di fordert Arbeitgeber auf, Anerkennungsstarifvertrag abzuschließen

(pm) ver.di hat Kaufhof zu Verhandlungen über einen Anerkennungsstarifvertrag aufgefordert. Kaufhof hatte mitgeteilt, dass das Unternehmen nun in allen Tarifgebieten in die sogenannte OT-Mitgliedschaft im Arbeitgeberverband, also eine Mitgliedschaft ohne Tarifbindung, gewechselt sei.

„Die Unternehmensführung muss aufhören, Fakten zu schaffen, in-

dem sie Tariffucht begeht, bereits Kündigungen ausspricht und nun schon 1800 statt 1600 Vollzeitstellen in den Kaufhoffilialen streichen will“, sagte ver.di-Bundesvorstandsmitglied Stefanie Nutzenberger. So führe man keine konstruktiven Verhandlungen über eine erfolgreiche Zukunft des Warenhauses.

Die Arbeitgeber müssten Vertrauen schaffen und keine weiteren

Hürden aufbauen. Dazu gehöre auch der Schritt, zunächst einmal Anerkennungsstarifverträge abzuschließen. Die Bundestarifkommission hatte klargestellt, dass es ohne ein Bekenntnis zum Flächentarifvertrag, eine umfassende Standort- und Beschäftigungssicherung sowie ein nachhaltiges Zukunftskonzept, das diesen Namen auch verdiene, nicht gehe.

AUCH DAS NOCH

**Darf ein Zeugnis gelocht sein?**

(dgb-rs) Ein Arbeitszeugnis darf nach Ansicht des Arbeitsgerichts Weiden (Oberpfalz) gelocht sein, berichtet der DGB-Rechtsschutz. Jedenfalls dann, wenn im Betrieb nur gelochtes Briefpapier vorhanden ist. Ein kleines Bauunternehmen, das Fliesen und Natursteine verkauft und verlegt, hatte einer Beschäftigten nach deren Ausscheiden ein Arbeitszeugnis auf gelochtem Geschäftspapier ausgestellt. Die Kollegin forderte aber ein Dokument auf nicht gelochtem Geschäftspapier. Eine Lochung sei absolut unüblich und lasse negative Rückschlüsse auf das Arbeitsverhältnis und die Beurteilung zu, argumentierte sie. Die beklagte Firma berief sich darauf, ein solches Zeugnis nicht erteilen zu können, weil es derartiges Papier im Unternehmen nicht gebe. Das Arbeitsgericht Weiden wies die Klage ab. Als Maßstab für ein ordnungsgemäßes Arbeitszeugnis hätten nach der dazu vom Bundesarbeitsgericht entwickelten Rechtsprechung die Gepflogenheiten in der jeweiligen Branche zu dienen. Deshalb seien an die formelle Ausgestaltung eines Zeugnisses einer internationalen Großkanzlei andere Anforderungen zu stellen als bei einem kleinen Handwerksbetrieb. Die Befürchtung der Klägerin, bei den Lochungen handele es sich um unzulässige Geheimzeichen, konnte das Gericht nicht nachvollziehen. Das beklagte Unternehmen müsse sich jedenfalls kein neues Geschäftspapier besorgen.

**Aktenzeichen:** 3 Ca 615/18

**„Union Busting“ ist strafbar****ERFOLG** – Bei der Staatsanwaltschaft Augsburg haben Betriebsräte einen Ansprechpartner

(pm/hem) Wer die Wahl eines Betriebsrats behindert oder gar verhindert oder die Arbeit betrieblicher Interessenvertretungen stört, wer also als Unternehmer zielgerichtet „Union Busting“ betreibt, begeht kein Kavaliersdelikt, sondern Straftaten, die mit Freiheitsentzug bis zu einem Jahr geahndet werden können. Allerdings verfolgen Staatsanwaltschaften nur sehr selten entsprechende Fälle.

**FREIHEITSENTZUG BIS ZU EINEM JAHR MÖGLICH**

In Augsburg haben regionale Gewerkschaftsgliederungen jetzt die Initiative ergriffen und sich mit der örtlichen Strafverfolgungsbehörde getroffen, um diese Problematik zu besprechen. Vertreter\*innen der DGB-Region Schwaben, von ver.di, IG Metall und IG BCE wollten bei dieser Gelegenheit die Justiz für das Thema „Union Busting“ sensibilisieren und ein stärkeres Engagement in diesem Bereich einfordern, wie es in einer DGB-Pressemitteilung heißt.

Eine Untersuchung der gewerkschaftsnahen Hans-Böckler-Stiftung hatte bereits im Jahre 2016 gezeigt:

Bei der erstmaligen Wahl von neuen Betriebsräten haben Arbeitgeber in 16,3 Prozent aller Fälle die Gründung einer Interessenvertretung behindert – also fast jede sechste Betriebsratswahl. Dabei heißt es im Paragraphen 119 des Betriebsverfassungsgesetzes (BetrVG), dass mit „Freiheitsstrafe bis zu einem Jahr oder mit Geldstrafe“ bestraft wird, wer „eine Wahl des Betriebsrats [...] behindert oder durch Zufügung oder Androhung von Nachteilen oder

durch Gewährung oder Versprechen von Vorteilen beeinflusst“.

Das Gleiche gilt für die Behinderung oder Störung der „Tätigkeit des Betriebsrats“ oder anderer Gremien der Betriebsverfassung und auch für die Benachteiligung oder Begünstigung einzelner Gremienmitglieder. Voraussetzung für ein Tätigwerden der Staatsanwaltschaft ist allerdings ein Strafantrag, den u.a. der Betriebsrat, der Wahlvorstand oder die Gewerkschaft stellen können.

**BETRIEBSRÄTE KÖNNEN STRAFANTRAG STELLEN**

Doch geahndet werden solche Fälle auch in Augsburg bisher selten. Ergebnis des Gesprächs der Gewerkschafter\*innen mit den Strafverfolgern: Zwar wird es auch in der Schwaben-Metropole vorerst keine eigene Schwerpunktstaatsanwaltschaft zu „Union Busting“ geben. Aber: Bei der Augsburger Schwerpunktstaatsanwaltschaft „Wirtschaftskriminalität“ sollen betroffene Betriebsräte künftig einen festen Ansprechpartner bekommen – ein erster Erfolg, der zur Nachahmung in anderen Regionen anregt.

**Externe Hilfe durch Anwaltskanzleien**

Um Betriebsratswahlen zu sabotieren, versuchen laut Untersuchung der Hans-Böckler-Stiftung etliche Unternehmen vor allem, Kandidaten einzuschüchtern, die Bestellung eines Wahlvorstands zu verhindern oder arbeitgebernahe Kandidat\*innen zu unterstützen. In einem Fünftel der betroffenen Betriebe wurden Bewerber\*innen entlassen. Zu den gängigen Methoden gegen gewählte Gremien gehören auch Versuche, Mitglieder zum Rücktritt zu drängen, Kündigungen und Auflösungsanträge beim Arbeitsgericht. Etwa die Hälfte der Arbeitgeber nimmt demnach bei den Störaktionen externe Hilfe durch Anwaltskanzleien oder Beratungen in Anspruch.

**AKTUELLE URTEILE****SACHGRUNDLOSE BEFRISTUNG: BAG FOLGT VERFASSUNGSHÜTERN**

(bag) Die sachgrundlose Befristung eines Arbeitsvertrags ist nach Paragraph 14 Abs. 2 Satz 2 des Teilzeit- und Befristungsgesetzes (TzBfG) nicht zulässig, wenn zwischen Arbeitnehmer und Arbeitgeber acht Jahre zuvor bereits ein Arbeitsverhältnis von etwa eineinhalbjähriger Dauer mit einer vergleichbaren Arbeitsaufgabe bestanden hat. So hat es laut eigener Pressemitteilung im Januar 2019 das Bundesarbeitsgericht (BAG) beschlossen, das damit der Grundsatzentscheidung des Bundesverfassungsgerichts vom 6. Juni 2018 zum sogenannten Vorbeschäftigungsverbot („ver.di NEWS“ Nr. 9/2018) gefolgt ist. Der Kläger war seinerzeit vom März 2004 bis September 2005 bei der beklagten Firma tätig gewesen. Im August 2013 stellte der Betrieb ihn erneut als Facharbeiter ein – sachgrundlos

befristet bis Februar 2014. Die Parteien verlängerten die Vertragslaufzeit noch mehrfach, zuletzt bis August 2015. Danach wollte der Kläger gerichtlich festgestellt wissen, dass sein Arbeitsverhältnis zu diesem Zeitpunkt nicht beendet worden ist. Damit hatte er in allen drei Instanzen Erfolg. Laut Gesetz ist nämlich die Befristung eines Arbeitsvertrags ohne Vorliegen eines sachlichen Grundes nicht zulässig, wenn mit demselben Arbeitgeber bereits zuvor ein befristetes oder unbefristetes Arbeitsverhältnis bestanden hat.

**Aktenzeichen:** 7 AZR 733/16**MEHR GELD FÜR SICHERHEITSFACHKRÄFTE IN EINKAUFSZENTREN**

(dgb-rs) Der DGB-Rechtsschutz hat vor dem Landesarbeitsgericht Berlin-Brandenburg für zwei ver.di-Mitglieder eine höhere Eingruppierung nach dem Entgelttarifvertrag für Sicherheitsdienstleistungen in Berlin

und Brandenburg erstritten. Sicherheitsfachkräfte erhalten in Einkaufszentren laut Tarifvertrag einen höheren Lohn als an anderen Einsatzorten. Beide Kläger sind im „Plaza“ an der Frankfurter Allee in Berlin eingesetzt, einem mehrgeschossigen Komplex mit Wohnungen, Büros und 19 Einkaufsläden sowie drei gastronomischen Betrieben im Erdgeschoss. Der Arbeitgeber vertrat die Auffassung, bei „Plaza“ handele es sich nicht um ein Einkaufszentrum, weil es dort weder ein „gebündeltes Auftreten der Ladenbetreiber gegenüber dem Kundenkreis“ noch ein wirkliches Center-Management gebe. Darauf komme es aber bei der Eingruppierung nicht an, entschied das LAG, sondern auf die konkrete Art der Tätigkeit und die konkreten Anforderungen an die Sicherheitsfachkraft.

**Aktenzeichen:** 7 Sa 245/18 und 7 Sa 243/18.

# Erneut mehr Frauen

MITGLIEDERENTWICKLUNG – *Leichter Anstiege bei erwerbstätigen Mitgliedern*

(ml) Zum Jahresende 2018 hatte ver.di 1 969 043 Mitglieder. Insgesamt hat die Gewerkschaft im Laufe des Jahres 121 945 neue Mitglieder gewonnen und 140 815 Mitglieder verloren. Bei den erwerbstätigen Mitgliedern lag die Zahl der Eintritte erneut mit 116 979 über der Zahl der Austritte. Damit lag die Erwerbsquote bezogen auf alle Mitglieder zum Jahresende bei 76,43 Prozent.

Frauen bilden in ver.di nach wie vor die Mehrheit. 51,32 Prozent aller Eingetretenen waren Frauen. Die Frauenquote insgesamt liegt jetzt bei 52,31 Prozent. Zudem waren 331 820 Senior\*innen Ende 2018 ver.di-Mitglied, das macht einen Anteil von 16,85 Prozent.

Im vergangenen Jahr traten 34 436 Beschäftigte unter 28 Jahren in ver.di ein, 3 226 mehr junge Menschen als im Jahr zuvor. Im glei-

chen Zeitraum verlor ver.di 14 601 Beschäftigte dieser Altersgruppe, 87 weniger als in 2017. Das führt zu einem Saldo von 19 835 mehr Eintritten als Austritten bei jungen Menschen.

Die Gewinnung von Auszubildenden konnte stabilisiert werden. 15 107 Auszubildende konnten im vergangenen Jahr für ver.di gewonnen werden. Allerdings verlor ver.di auch 3 365 Azubis durch Austritt. Damit stieg er im vergangenen Jahr erneut weiter an und beträgt nun 30 955 Mitglieder.

Vier Fachbereiche konnten einen absoluten Mitgliederzuwachs realisieren: Ver- und Entsorgung, Bildung, Wissenschaft und Forschung, Gesundheit, Soziale Dienste, Wohlfahrt und Kirchen sowie der Fachbereich Besondere Dienstleistungen. Und auch acht Bezirke konnten in 2018 eine positive Nettoveränderung verzeichnen. Der Bezirk Heilbronn-Neckar-Franken hatte die beste Entwicklung. Er konnte netto (ohne Wechsler) ein Plus von 1,05 Prozent vorweisen.



**JASMIN RADENZ, 21,**  
ARBEITET BEI DER  
DREWAG – NETZ GMBH  
IN DRESDEN

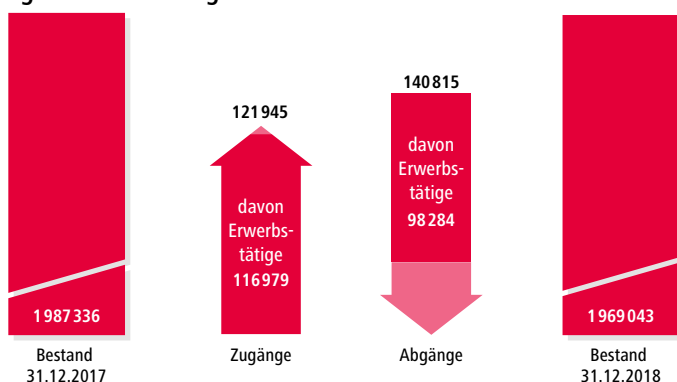
MITGLIEDER

## Ich werbe weiter

Zum Ausbildungsstart 2017 hat die ver.di Jugend in unserem Landesbezirk eine Werbe-Aktion gestartet. Die drei, die innerhalb eines halben Jahres die meisten Leute geworben hatten, bekamen Karten für ein Musikfestival. Ich war unter den ersten drei, eine Kollegin aus dem Konzern hat gewonnen, so dass wir mit insgesamt acht Leuten zum Lollapalooza nach Berlin fahren konnten. Damals war ich Vorsitzende unserer JAV und habe mit unserem guten Tarifabschluss, der 70 Euro mehr für Azubis gebracht hat, überzeugen können. Ich habe die Azubis auch gefragt, warum sie noch nicht ver.di-Mitglied sind und ihnen dann erklärt, was man mit einer starken Mitbestimmung gemeinsam erreichen kann. Ich habe immer versucht, die Leute auf einer persönlichen Ebene anzusprechen. Werben ist enorm wichtig. Deswegen werbe ich weiter, auch ohne Wettbewerb und obwohl ich seit November nicht mehr in der JAV bin. Bei den Arbeitnehmer\*innen dauert es vielleicht länger, jemanden zu überzeugen, aber da muss man einfach am Ball bleiben und die Leute auch mehrmals ansprechen.

[stark-mit-dir.verdi.de](http://stark-mit-dir.verdi.de)

## Mitgliederentwicklung 2018



QUELLE: VER.DI-BUNDESVORSTAND, BEREICH CONTROLLING

## Wahlen und Anträge

LANDESBEZIRKE – *Konferenzen im Vorfeld des ver.di-Bundeskongresses*

Von Ende Februar bis Ende März haben die Konferenzen der zehn ver.di-Landesbezirke stattgefunden. Dabei wurden nicht nur zahlreiche Anträge beraten, sondern auch die Führungsgremien neu gewählt. In Niedersachsen-Bremen und Berlin-Brandenburg kandidierten mehrere Bewerber um die Leitung.

In Berlin-Brandenburg war Susanne Stumpfenhusen nicht mehr angetreten. Seit ver.di-Gründung hatte sie hauptamtlich an der Spitze des Landesbezirks gestanden und war damit dienstälteste Landesbezirksleiterin in ver.di. In Rheinland-Pfalz-Saarland und in Nordrhein-Westfalen werden die Delegierten im Sommer erneut zu außerordentlichen Landesbezirkskonferenzen zusammenkommen, um jeweils noch ein Mitglied der stellvertretenden Landesbezirksleitung zu wählen. Bei allen Konferenzen hat auch der designierte ver.di-Vorsitzende Frank Werneke zu den Delegierten gesprochen.

Im Folgenden fassen wir die Wahlergebnisse kurz zusammen, jeweils in der Reihenfolge hauptamtliche Landesbezirksleitung (Leiter\*in, Stellvertreter\*innen) sowie der bzw. die Vorsitzende des ehrenamtlichen Landesbezirksvorstands

**BADEN-WÜRTTEMBERG:** Martin Gross, Hanna Binder, Susanne Wenz; Holger Egger, Freudenstadt, Vorsitzender des Personalrats im Landratsamt Enzkreis

**BAYERN:** Luise Klemens, Linda Schneider, Norbert Flach; Sabine Gruber, Rechtspflegerin beim Amtsgericht München

**BERLIN-BRANDENBURG:** Frank Wolf, Andrea Kühnemann, Gabi Lips; Christine Rosenthal, Fachbereich Finanzdienstleistungen

**HAMBURG:** Berthold Bose, Sandra Goldschmidt, Sieglinde Frieß; Olaf Harms, Betriebsratsvorsitzender bei der GDV Dienstleistungs-GmbH

**HESSEN:** Jürgen Bothner, Cornelia Kröll, Angelika Kappe. Der/die Lan-

desbezirksvorsitzende wird voraussichtlich Ende April gewählt.

**NIEDERSACHSEN-BREMEN:** Detlef Athing, Ute Gottschar, Andrea Wemheuer; Christina Domm, Personalrätin bei der Deutschen Rentenversicherung Braunschweig-Hannover

**NORD:** Susanne Schöttke, Mario Klepp, Conny Töpfer; Birgit Wanke, Mitglied des Personalrats der Stadt Greifswald

**NORDRHEIN-WESTFALEN:** Gabriele Schmidt, Frank Bethke; André auf der Heiden, Personalratsvorsitzender der Stadtverwaltung Oberhausen

**RHEINLAND-PFALZ-SAARLAND:** Michael Blug, Christine Gothe; Der/die Landesbezirksvorsitzende wird voraussichtlich Anfang Mai gewählt.

**SACHSEN, SACHSEN-ANHALT, THÜRINGEN:** Oliver Greie, Kerstin Raue, Ines Kuche; Bettina Mandaus, Betriebsratsvorsitzende im Südharz Klinikum Nordhausen



# Allein im Alter leben

**B U C H T I P P** – Lesenswerte Porträts von Rentnerinnen, deren Rente nicht ausreicht

IRENE GÖTZ  
(HRSG.):

**KEIN RUHESTAND.  
WIE FRAUEN  
MIT ALTERSARMUT  
UMGEHEN.** VERLAG  
ANTJE KUNSTMANN,  
MÜNCHEN, 310 SEITEN,  
20 EURO,  
ISBN 978-3956142925

## ver.di news

ERSCHEINT 14-TÄGLICH

### HERAUSGEBER:

VEREINTE DIENSTLEISTUNGS-  
GEWERKSCHAFT VER.DI,  
FRANK BSIRSKE, VORSITZENDER

### CHEFREDAKTION:

DR. MARIA KNIESBURGES

**REDAKTION:** HEIKE LANGENBERG  
(VERANTWORTLICH), PETER

STEINIGER, PETRA WELZEL

### LAYOUT UND DRUCK:

DATAGRAPHIS, WIESBADEN

**INFOGRAFIK:** KLAUS NIESEN

**CARTOON:** THOMAS PLASSMANN

**ADRESSE:** REDAKTION VER.DI NEWS,  
PAULA-THIEDE-UFER 10,

10179 BERLIN,

TEL.: 030 / 69 56 1069,

FAX: 030 / 69 56 3012

VERDI-NEWS@VERDI.DE

NEWS.VERDI.DE

**HINWEIS:** DIE AUSGABE 2

ERSCHEINT AM 20. APRIL 2019

[www.verdi.de](http://www.verdi.de)

## Vergessen

„Heute weiß kaum noch jemand, dass der komplette Arbeits- und Gesundheitsschutz in Deutschland auf europäischen Regeln basiert.“

Der DGB-Vorsitzende Reiner Hoffmann in einem Interview mit „Die Rheinpfalz“ auf die Frage, was mit Europa derzeit falsch läuft

Die traurigen Fakten stehen schon auf dem Schutzumschlag des Buches. 13 Frauen sind dort aufgelistet, ihre Berufe reichen von Bürokräft über Geschäftsinhaberin bis hin zu einer frühverrenteten Krankenschwester, auch zwei alleinerziehende Mütter sind dabei. Gemeinsam ist ihnen eine niedrige Rente, 1100 Euro ist der höchste Rentenbezug einer der Frauen, fast alle sind auf Grundsicherung oder einen Minijob angewiesen. Das ist die Realität in Deutschland: Insbesondere bei Frauen reicht die Rente nicht zum Leben. Die Arbeit in geringer bezahlten Berufen, der (zeitweise) Ausstieg aus dem Berufsleben zugunsten von Kinderbetreuung oder Pflege, Teilzeitarbeit oder Minijob, all das hinterlässt seine spürbaren finanziellen Auswirkungen in der Altersrente.

Irene Götz, Professorin für Empirische Kulturwissenschaft und Europäische Ethnologie an der Lud-

wig-Maximilians-Universität München, forscht derzeit für die Deutsche Forschungsgemeinschaft zu den Lebensverhältnissen von Frauen im Alter. Für das jüngst erschienene Buch hat sie den Schwerpunkt auf allein lebende Frauen in Großstädten gelegt, weil dort ein großer Teil der kargen Renten für Wohnraum gezahlt werden muss. Hinzu kommt, dass Frauen in Großstädten zu den Gruppen zählen, deren Altersarmut weiter zunehmen wird. „Allein im Alter leben und wirtschaften erscheint besonders in den urbanen Zentren an sich schon als Armutsrisiko“, heißt es in dem Buch. Und der Anteil allein lebender Frauen ist dort besonders hoch.

Porträtiert werden in dem Buch überwiegend Frauen, die zwischen 1940 und 1950 geboren wurden. Sie leben in München. Die Porträts sind kurz, oft nur wenige Seiten lang. Eindringlich schildern die Autorinnen,

wie die Frauen leben. Sie geben Einblick in das Leben der Frauen, schildern ihren Lebensweg, ihre familiäre und berufliche Situation und wie sie heute leben. Oft ist von Einschränkungen die Rede, von Krankheiten, aber auch von Verzicht und von Träumen. Denn die Frauen sind unterschiedlich. Einige sind aktiv und vernetzt, andere haben scheinbar resigniert. Sie berichten von Auseinandersetzungen mit Behörden, mit Krankenkassen, ihrem alltäglichen Kampf um ein Leben in Würde. So entsteht ein Querschnitt durch die Welt der Rentnerinnen in der selbst ernannten Weltstadt mit Herz.

Der erste Teil dieses sehr lesenswerten Buches endet mit einer genauen Analyse des Problems der Altersarmut. Im dritten Teil gibt es dann praktische Tipps und Kontaktadressen. Dort kann man Hilfe finden, wenn die Rente nicht zum Leben reicht.

Heike Langenberg

## TERMINE

Mit den Gesundheitsrisiken durch Arbeitsverdichtung beschäftigt sich die **Fachkonferenz Arbeitsintensivierung**, die die Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin und das WSI am 13. Mai in Dortmund abhalten. Mehr Infos: [boeckler.de/pdf/v\\_2019\\_05\\_13\\_programm.pdf](http://boeckler.de/pdf/v_2019_05_13_programm.pdf)

Nach Dortmund lädt ver.di am 16. und 17. Mai zur **IT-Netzwerkkonferenz**. Wo bleibt der Mensch bei der Digitalisierung? Welche Folgen ergeben sich für die Vertretung von Beschäftigteninteressen? Diese und andere Fragen werden im Rahmen der Konferenz erörtert. Mehr Infos: [ich-bin-mehr-wert.de/specials/it-netzwerkkonferenz](http://ich-bin-mehr-wert.de/specials/it-netzwerkkonferenz)

Am 21. und 22. Mai findet in der ver.di-Bundesverwaltung in Berlin der **6. Digitalisierungskongress**

statt, den ver.di gemeinsam mit der Hans-Böckler-Stiftung ausrichtet. Schwerpunkt ist diesmal die „Künstliche Intelligenz“. Gefragt wird, wer wen steuert. Dabei geht es auch um konkrete Projekte und die Leitplanken, die für den Einsatz künstlicher Intelligenz gebraucht werden. Mehr Infos: [verdi.de/themen/digitalisierungs-kongresse](http://verdi.de/themen/digitalisierungs-kongresse)

Wie kann man Fachkräfte für einen handlungsfähigen Staat gewinnen? Diese Frage steht im Mittelpunkt der diesjährigen Veranstaltung Perspektive ÖD. Das ver.di-Forum richtet sich an Führungskräfte im öffentlichen Dienst, denn die Personalgewinnung ist eine Führungsaufgabe. Was gemacht werden kann, wird am 17. und 18. Juni in Berlin diskutiert. Mehr Infos: [perspektive-oed.verdi.de](http://perspektive-oed.verdi.de)

## NACHRU F

Anfang Januar ist der Kollege **Manfred Bellgardt** im Alter von 57 Jahren gestorben. Am 1. November 1986 hat er seine hauptamtliche Tätigkeit in der Druckerei des Landesverbands Nordrhein-Westfalen der Deutschen Angestellten-Gewerkschaft aufgenommen. Mit ver.di-Gründung wechselte er als Hausmeister in die neu entstandene Landesbezirksverwaltung in Düsseldorf. „In den vielen Jahren haben wir Manfred als zuverlässigen und engagierten Mitarbeiter schätzen gelernt. Für seine geleistete Arbeit danken wir ihm“, heißt es in einem Nachruf des ver.di-Landesbezirks Nordrhein-Westfalen: „Mit seinem speziellen Humor wurde er von vielen Kolleginnen und Kollegen geschätzt.“ Er hinterlasse eine große Lücke.